BZ v. 28.2.11

Atdorf-Gegner gehen auf die Straße

400 Demonstranten ziehen friedlich durch die Bad Säckinger Altstadt und machen ihrem Unmut mit Plakaten und Trillerpfeifen Luft

VON UNSEREM MITARBEITER
MICHAEL GOTTSTEIN

BAD SÄCKINGEN. Unter dem Motto „Dem Wahnsinn ein Ende" haben rund 400 Menschen auf Einladung der Bürgerinitiative (BI) Atdorf am Samstagvormittag in der Innenstadt gegen das geplante Pumpspeicherkraftwerk demonstriert und der – so BI-Mitglied Jürgen Margraf – „wenig neutralen Haltung der Behörden und Amtsleiter" öffentlichen Druck entgegengesetzt. Die Redner bestritten, dass das Projekt der Förderung regenerativer Energien diene, und forderten dezentrale Lösungen zur Energieversorgung.

Mit Plakaten, Trillerpfeifen und reichlich Infomaterial ausgestattet, versammelten sich die Atdorf-Gegner an der Ecke Steinbrück- und Schützenstraße. Dort begann der Demonstrationszug durch die Stadt. Die Redner äußerten anschließend ihre Kritik in deutlichen Worten, und für eine gewisse Zeit war die Altstadt vom Lärm

Ihrem Unmut über die Pläne der Schluchseewerk AG für den Bau eines Pumpspeicherwerks machten am Samstag Demonstranten in der Bad Säckinger Innenstadt Luft. FOTOS: MICHAEL GOTTSTEIN

gewisse Zeit war die Altstadt vom Lärm der Trillerpfeifen erfüllt, aber die Atmosphäre war stets friedlich. Den Vorwurf, Panik zu schüren und nur „Nein-Sager" zu sein, wies Jürgen Margraf entschieden zurück: „Wir fordern vehement den Ausbau erneuerbarer Energien, und wir brauchen dezentrale Strukturen statt einer Vormachtstellung der vier Großkonzerne." Atdorf diene nur dem wirtschaftlichen Vorteil des großenteils im Besitz von RWE und EnBW befindlichen Schluchseewerks, das von der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken profitiere. Die Region sei durch Lauf-, Pumpspeicher- und Atomkraftwerke, eventuell auch ein Endlager, Bahnlinien, Überflüge und Autobahnen genug belastet und könne zwei „gigantische Speicherbecken mit 150 Hektar Landschaftsverbrauch" und eine Bauzeit von zehn bis zwölf Jahren nicht mehr hinnehmen. Margraf kritisierte auch die örtliche Politik: „Was halten wir von einem Bürgermeister, der zu existenziellen Fragen seiner Stadt seit Monaten keine Antworten gibt, oder von einem weiteren Bürgermeister, der nicht bereit ist, seinen Standpunkt zu vertreten?" Er appellierte an die Bürger: „Helfen Sie uns durch Ihre Mitarbeit oder durch einen finanziellen Beitrag; wir werden jeden Euro brauchen für eine mögliche Klage nach dem Planfeststellungsverfahren."

BI-Sprecher Jürgen Margraf

Gerd Wenzens, der BI-Experte für Geologie, meinte, die Erdbebensicherheit der Staumauer, die 120 Meter hoch werden solle, sei entscheidend für die Genehmigung. Er bestritt, dass der Hauptdamm erdbebensicher sein könne – „es sei denn, risikobereite Gutachter geben ihr Einverständnis." Jürgen Pritzel zweifelte an der Sachkompetenz des Wirtschaftsministeriums und wies auf eine seiner Ansicht nach fragwürdige Verstrickung hin: So habe das Ministerium ganze Passagen aus einer Stellungnahme der Deutschen Energie-Agentur übernommen. Diese aber versuche, für das Schluchseewerk den Bedarfsnachweis für das Atdorf-Projekt zu erbringen.

„Man hat mir erklärt, dass so ein Vorgehen üblich sei, aber üblich kommt in diesem Fall von Übel". Erst ab 2030 fange Atdorf an, Beiträge für erneuerbare Energien zu leisten. Jetzt werde versucht, das Pumpspeicherkraftwerk als Tagesspeicher für Fotovoltaikstrom zu rechtfertigen. Inge Böttinger vom BUND bezeichnete das Schluchseewerk als „Wolf im Schafspelz, dem die Bürgermeister, das Regierungspräsidium und das Landratsamt aus der Hand fressen".

Krankenhaus-Chefarzt Alexander Hamperl erklärte, die Mehrzahl der Ärzte in den Kliniken hätten sich mit der BI solidarisch erklärt, denn das Projekt gefährde 500 Arbeitsplätze im Kur- und Gesundheitswesen. Hans-Joachim Müller und Ingrid Bär vom Schwarzwaldverein bekräftigten die ablehnende Haltung des Vereins, besonders der Ortsgruppen am Hochrhein, gegenüber dem Projekt. „Nein, haben wir gesagt, wie damals in Wyhl", meinte Ingrid Bär, und der Sprecher der BI, Klaus Stöcklin, griff diesen Verweis auf den erfolgreichen Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk am Kaiserstuhl auf, um zu appellieren: „Glaubt nicht alles, was die Politiker sagen."